

Kantonsspital-AG kommt vors Volk

Der Kantonsrat will das Kantonsspital Winterthur privatisieren. Links-Grün ergreift das Referendum.

Susanne Andereg

Die Parlamentsdebatte über die neue Rechtsform für das Kantonsspital Winterthur (KSW) hatte bereits mehrere Stunden gedauert, als sie gestern Nachmittag zum entscheidenden Punkt kam. SP, AL und Grüne beantragten, im Gesetz festzuschreiben, dass der Kanton Zürich Alleinaktionär der zu gründenden Spital-AG bleibt. Für Kaspar Bütikofer (AL, Zürich) war dies die Gretchenfrage: «Wollen wir nur eine Auslagerung oder wollen wir eine Privatisierung?» Hätte eine Mehrheit des Rates dem Antrag zugestimmt, hätte die AL mit dem Gesetz leben können. Nicht die Rechtsform ist für sie entscheidend, es sind die Besitzverhältnisse. Doch die bürgerliche Mehrheit lehnte den Antrag ab; sie will die Möglichkeit offenlassen, dass der Kanton das KSW nach einer Sperrfrist von fünf Jahren teilweise oder auch ganz verkauft.

Damit ist klar, dass die Linke das Referendum gegen das neue KSW-Gesetz ergreift und das Volk das letzte Wort hat. Es wird die erste Abstimmung über eine Spital-AG sein, bei welcher der ganze

«Die Gretchenfrage lautet: Wollen wir eine Auslagerung, oder wollen wir eine Privatisierung?»

Kaspar Bütikofer, AL-Gemeinderat

Kanton Zürich mitreden kann. Bisher gab es solche Abstimmungen erst in einzelnen Spitalregionen; einige fielen positiv aus (Wetzikon, Männedorf, Büllach), andere negativ (Affoltern, Uster). Wann der kantonale Urnengang stattfindet, steht noch nicht fest. Denn das Parlament hat gestern noch nicht einmal die erste Lesung des KSW-Gesetzes abgeschlossen, geschweige denn das fast gleichlautende Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur in Angriff genommen, welche der Regierungsrat ebenfalls in eine Aktiengesellschaft umwandeln und später verkaufen will.

Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) versicherte im Kantonsrat, mit der neuen Rechtsform werde sich für die Patientinnen und Patienten nichts ändern. «Es ist kein Wagnis.» Der Regierungsrat sorge mit den Leistungsaufträgen dafür, dass die Spitalversorgung im ganzen Kanton gut bleibe. Dass dies auch mit AGs funktionieren, zeigten die Beispiele anderer Kantonsspitäler. Lei-

cher Meinung waren SVP, FDP, BDP, EDU, CVP, EVP und GLP. Die Befürworter einer Spital-AG führten vorab zwei Argumente an: Erstens erhalte das KSW mit der neuen Rechtsform mehr Handlungsspielraum, den es unter den verschärften Wettbewerbsbedingungen seit Einführung der Fallpauschalen brauche. So müsse es schneller bauen und einfacher Kooperationen eingehen können, um als Spital attraktiv zu bleiben. Zweitens könne der Kanton durch den Verkauf seiner Aktien einen Rollenkonflikt lösen. Heute reguliert er die Spitalversorgung und erteilt Leistungsaufträge an die verschiedenen Spitäler, und gleichzeitig besitzt er selber welche. Heiniger will das unbedingt ändern, nur noch die universitären Kliniken sollen beim Kanton bleiben.

Für SP, AL und Grüne sind weder die Doppelrolle des Kantons noch die heutige Rechtsform des KSW als öffentlich-rechtliche Anstalt ein Problem. Munition für ihre Voten erhielten sie gestern Morgen, als der Rat vor der Behandlung des KSW-Gesetzes den Jahresbericht des Spitals genehmigte. Dabei gab es Lob von allen Seiten für das KSW. Es sei ein «Vorzeigespital», sagte Christoph Ziegler (GLP, Elgg). Es habe die höchste Mitarbeiterzufriedenheit aller Zürcher Spitäler, und Partnerverträge mit anderen Spitalern sorgten für eine hohe Auslastung, anerkannte René Truninger (SVP, Illnau-Effretikon). Zudem sei die Eigenkapitaldeckung mit 40 Prozent gut. Esther Guyer (Grüne, Zürich) wies darauf hin, dass das KSW bald ein Ambulatorium im Glattzentrum eröffnen werde, und schloss: «Das alles kann das KSW, ohne dass die Politik dreinredet oder etwas verzögert. Es braucht also keine neue Rechtsform.»

Parlament stärkt seine Position

Die Linke blieb mit ihrer Grundsatzkritik an der Privatisierung hoffnungslos in der Minderheit. Dennoch hat das Parlament Heinigers Vorlage in einigen Punkten abgeändert. Es hat vor allem sich selber mehr Befugnisse gegeben, als dem Regierungsrat recht ist. So muss dieser seine Vorschläge für den KSW-Verwaltungsrat vom Kantonsrat genehmigen lassen. Dito die Eigentümerstrategie. Das setzten unterschiedliche Koalitionen im Parlament durch. Einzig die FDP, die Partei von Heiniger, fand es unnötig, die Oberaufsicht des Kantonsrates zu stärken. «Wir setzen uns für schlanke Strukturen ein», sagte Nadja Galliker (FDP, Eglisau). «Der Regierungsrat soll die Aktionärsrechte wahrnehmen.»



Heinz Beusch in der Sicherheitsschleuse des Rathauses, durch die schon Tausende von Besuchern gegangen sind. Foto: Urs Jaudas

Gesehen & gehört Zehn Jahre lang durchsuchte er Rucksäcke. Von Ruedi Baumann

Mister Sicherheit geht in Pension

Mit Rolf Steiner gibt es einen «höchsten Zürcher» im Kantonsrat, es gibt Fraktions- und Parteipräsidenten zuhauf. Für Besucher des Rathauses gibt es aber zwei viel bekanntere Gesichter. Heinz Beusch und Jolanda Bosshard, die beiden Sicherheitskontrolleure in der Eingangshalle des Rathauses. Beusch hatte gestern seinen Letzten - er ist 65 - und wurde verabschiedet wie ein Regierungsrat.

Heinz Beusch aus Höri ist trotz seines fröhlichen und leutseligen Wesens ein Profi durch und durch. Er sieht Besuchern auch ohne Metall-detektor förmlich an, ob sie etwas im Schilde führen. Er arbeitet seit 42 Jahren auf dem Flughafen und hat schon eine runde Million Passagiere auf dem Weg in die Ferien durchleuchtet und durchsucht.

Die Sicherheitskontrolle im Zürcher Rathaus wurde 2001 nach dem Attentat in Zug eingeführt. Den beiden Kontrolleuren stehen zwei bewaffnete Kantonspolizisten zur Seite. Das Duo Beusch/Bosshard wurde von Polizeidirektorin Rita Fuhrer installiert. Sie wollte durch eine feste Besetzung erreichen, dass die beiden Kontrolleure ihre Pappenheimer kennen.

Heinz Beusch kann nicht nur Gesichter lesen - er ist wohl auch der Experte weit und breit, was den

Inhalt von Schülertaschen und Rucksäcken angeht. Denn jeden Montag besuchen Schulklassen den Kantonsrat, und Beusch und Bosshard müssen in jeder einzelnen Tasche «nüschele», wie sie auf Zürichdeutsch sagen. «Heute möchte ich nicht mehr Schüler sein», sagt er, «die müssen permanent zehn Kilo mit sich herumschleppen.» Bücher, Hefte, Computer, Handy, Ladegerät und die obligate PET-Flasche mit Wasser. «Früher, als wir Schüler waren», sagt Heinz Beusch, «da bekamen wir Pausenmilch und tranken Wasser am Brunnen.» Und die Schüler hatten nur ein Schulzimmer und konnten ihren Plunder im Pult zurücklassen.

*

Nur Kantonsrätinnen und Kantonsräte, wichtige Chefsbeamtete sowie akkreditierte Journalisten werden vom Gang durch die Schleuse verschont. Bei allen anderen gibt es kein Pardon - wie etwa gestern bei den Vertretern des Spitals Winterthur, welche die Privatisierungsdebatte im Rat verfolgen wollten. Zur Herausforderung für die Schleusenwärter werden die halbjährlichen Apéros im Rathaus. «Da gibt es immer wildfremde Leute von der Strasse, die sich ein Sandwich schnappen und ein Gläschen mittrinken wollen.»

Kontrolleure und Polizisten sind über Lautsprecher mit dem Ratsaal verbunden. Gelegentlich kommt es vor, dass der Ratspräsident um Hilfe bittet, etwa bei penetranten Zwischenrufen von der Tribüne oder wenn Spruchbänder entrollt werden. Den beiden Kontrolleuren geht wenig durch die Lappen. Nur einmal, da wurden sie von Gewerkschaftern bei einer Spardebatte im Rat ausgetrickst. «Die begannen auf der Tribüne mit Trillerpfeifen zu lärmeln», erinnert sich Beusch. Die kleinen Plastikpfeifen waren weder dem Detektor noch den geübten Händen der Kontrolleure aufgefallen.

*

Nach seiner Pensionierung will Heinz Beusch wieder mehr Tennis spielen und Rad fahren. «Wilde Passfahrten müssen es nicht mehr sein», sagt der heutige Pedaleur de Charme, der schon als Junger ein echtes Rennrad mit Collé-Reifen besessen hatte. «Als wir unsere Göppel in Italien vor einer Bar abstellten, meinten alle, Felice Gimondi und Francesco Moser persönlich seien da.» Fast alle 180 Kantonsrätinnen und -räte verabschiedeten sich gestern persönlich von Beusch. «Wird man bei der Polizei schon mit 50 pensioniert?», fragte SVP-Fraktionspräsident Jürg Trachsel. Und Beusch freute sich.

Neuartiger Eingriff an Herzklappe

Den Herzspezialisten am Zürcher Universitätsklinikum (USZ) ist ein weltweit neuartiger Eingriff gelungen. Zum ersten Mal konnte eine undichte Trikuspidalklappe mittels einer neuen, patientenschonenden Kathedertechnik repariert werden. Das Team aus Herzchirurgen und Kardiologen um Francesco Maisano hat mithilfe eines Cardiobandes als undichten Klappenring gerafft und zusammengezogen. Die 75-jährige Patientin ist wohl auf, wie das USZ mitteilt. Die Trikuspidalklappe trennt den rechten Vorhof von der rechten Kammer des Herzens und wirkt wie ein Ventil. Eine ungenügende Leistung der Klappe kann zu schwerwiegenden Symptomen führen. Bislang bestand die Therapie einer Insuffizienz der Trikuspidalklappe aus einem chirurgischen Eingriff am offenen Herzen unter Einsatz der Herz-Lungen-Maschine. Der Einsatz des Cardiobandes als minimalinvasiver Therapie schont die Patientinnen und Patienten und vermindert das Risiko. Es können sogar bisher als inoperabel geltende Patienten behandelt werden. Francesco Maisano, Direktor der Klinik für Herz- und Gefässchirurgie am USZ, war an der Entwicklung des Cardiobandes entscheidend beteiligt, wie es in der Mitteilung heisst. (SDA)

Stadt soll Koch-Areal räumen

SVP-Gemeinderat Urs Fehr hat beim Zürcher Statthalter eine Beschwerde eingereicht. Er fordert, dass das besetzte Koch-Areal in Albisrieden sofort geschlossen wird.

Stefan Hohler

Urs Fehr, Immobilienbewirtschafter und SVP-Gemeinderat aus dem Wahlkreis 7 und 8, hat eine Aufsichtsbeschwerde «als Privatperson und Bürger der Stadt Zürich» eingereicht, wie er sagt. Es gehe nicht an, dass die Besetzer des Koch-Areals am laufenden Band das Gesetz brächen und die Polizei nicht eingreife. Konkret kritisiert Fehr den Hanfanbau und das Littering auf dem Areal in Albisrieden sowie den Lärm, den die Besetzer verursachen. Er vermutet zudem, dass sich dort polizeilich ausgeschriebene Personen aufhalten.

Deshalb hat Fehr gestern Montag einen eingeschriebenen Brief an den Statthalter des Bezirks Zürich mit folgendem Inhalt abgeschickt: «Da sich der Stadtrat von Zürich weigert, das Gesetz auf dem Koch-Areal durchzusetzen, bitte ich Sie, einzugreifen und analog

der Platzspitz-Schliessung 1991 den Stadtrat aufzufordern, das Areal unverzüglich zu räumen und den Rechtsstaat wiederherzustellen.»

Kritik an «Pflasterlipolitik»

Fehr verlangt vom Statthalter, dass dieser der Stadt Zürich eine Frist setze, damit die permanenten Gesetzesüberschreitungen ein Ende haben. Die vom grünen Stadtrat und Finanzvorsteher Daniel Leupi geäusserte Warnung an die Besetzer nennt Fehr eine «Pflasterlipolitik». Leupi hatte den Besetzern gedroht, bei Lärmüberschreitungen werde er als Vorsteher des Finanzdepartements bei der Polizei Anzeige erstatten, was eine Räumung zur Folge haben könnte. Das Koch-Areal gehört der Stadt Zürich.

Neben Fehr als Privatperson wird die städtische SVP in den nächsten Tagen ebenfalls eine Aufsichtsbeschwerde zum Koch-Areal beim Statthalter einreichen, wie SVP-Parteipräsident und Nationalrat Mauro Tuena sagt. Auch die FDP überlege sich ähnliche Schritte, sagt Parteipräsident Severin Pflüger auf Anfrage.

Dem Vernehmen nach wird Polizeivorsteher Richard Wolff (AL) gegen Ende dieser Woche zum Koch-Areal Stellung nehmen.

Favorit Bruno Hug ziert sich noch

Nach der überraschend klaren Nicht-Wiederwahl von Erich Zoller macht sich Rapperswil-Jona im Kampf ums Stadtpräsidium für den zweiten Durchgang bereit.

Daniel Schneebeli

Die Stadt Rapperswil-Jona sucht einen Stadtpräsidenten. Amtsinhaber Erich Zoller (CVP) hat die Wahl am Sonntag überraschend deutlich verpasst und erhielt 1500 Stimmen weniger als der wild kandidierende parteilose Bruno Hug, Verleger der «Obersee-Nachrichten», der fast 4000 Stimmen machte. Auch ein weiterer parteiloser Herausforderer, Felix Hof, kam Zoller mit rund 600 Stimmen Rückstand ziemlich nahe. Weil auch Hug das absolute Mehr verpasste, kommt es am 6. November zu einem zweiten Wahlgang. Die Ausgangslage präsentierte sich gestern weiter offen.

Bruno Hug zeigte sich erstaunt über sein Glanzresultat. Was seine erneute Kandidatur angeht, hielt er sich aber bedeckt: «Ich bin mir zwar meines guten Resultates bewusst, muss jedoch zuerst noch einige Gespräche führen.» Laut

Hug sind «verschiedene Parteien» an ihn herangetreten. Möglich ist, dass ihn im zweiten Wahlgang auch die SVP oder die FDP unterstützt. Die SVP hatte im ersten Wahlgang Stimmfreigabe beschlossen, die FDP empfahl den Zoller zur Wahl. Laut Hug stehen auch «alternative Lösungen» im Raum. So wurde schon vor dem Wahlsonntag der Name von SVP-Kantonsrat Michael Götte ins Spiel gebracht. Der Gemeindepräsident von Tübach hatte eine Kandidatur für den zweiten Wahlgang nicht ausgeschlossen.

Klagen gegen Hug

Bruno Hug kündigte seinen Entscheid gestern auf spätestens den 6. Oktober an. Dann ist Meldeschluss für eine Kandidatur. Dass Erich Zoller seine Präsidentschaft nochmals verteidigt, ist sehr wahrscheinlich, wie er gestern mitteilte. Er führt seine Nichtwahl vom Sonntag auf die angebliche Medienkampagne in Hugs «Obersee-Nachrichten» zurück. Mit seinen Artikeln eckt Bruno Hug tatsächlich hier und da an. So ist er von der Staatsanwaltschaft Uznach letzte Woche wegen übler Nachrede gegen ein Kesb-Mitglied angeklagt worden. Und hängt ist auch noch eine Zivilklage gegen Hug wegen Persönlichkeitsverletzung - aus der Stadt Rapperswil-Jona.